

Tourismus kritisiert laufende Erhöhung der Energiekosten

Utl.: Buemberger: "Rahmenbedingungen stimmen nicht" - "Höchster Handlungsbedarf gegeben" =

Wien (PWK) - Die Energieaufwendungen im Tourismus betragen 1996 bereits rund sieben Milliarden Schilling. Dies ergeben jüngste Hochrechnungen der Bundessektion Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Österreich. ****

Wie die Untersuchungen des Reihenvergleichs im Gastgewerbe zeigen, steigen die Energiekosten laufend an. Betragen die Energieaufwendungen im Jahr 1993 noch 3,4 Prozent der Erlöse, so stiegen sie im Jahr 1995 bereits auf 5,4 Prozent der Erlöse an. Qualitätsverbesserung, höherer Komfort und mehr Freizeiteinrichtungen für die Gäste verursachen immer höhere Energiekosten.

Leider wurde dieser Trend noch verschlimmert, als der Fiskus ab Juni 1996 Strom und Erdgas zusätzlich mit einer Steuer belastete. Die Steuer auf Strom in Höhe von zehn Groschen je Kilowatt und von 60 Groschen je Kubikmeter Erdgas führte für die energieintensiven Tourismusbetriebe zu einer weiteren Verteuerung.

Die Bundessektion Tourismus fordert die Regierung dringend auf, endlich eine Novelle des Energiesteuervergütungsgesetzes unter Berücksichtigung der energieintensiven Betriebe des Tourismus zu beschließen. "Es kann nicht weiter hingenommen werden, daß es für Hotelbetriebe, Restaurants, Betriebe von Hallenbädern und Saunas keine Deckelungsregelung wie im Gewerbe und in der Industrie gibt", betont der stellvertretende Bundessektionsobmann Reinhard Buemberger. "Hier ist eine wesentliche steuerliche Schlechterstellung des Tourismus gegeben, die Rahmenbedingungen stimmen nicht".

Die in Vorbereitung befindliche Energiemarktderegulierung, die in den Ländern, bei Politikern und Energiemanagern heftig diskutiert wird, müßte auch auf den kleinstrukturierten Tourismus Rücksicht nehmen. Es dürfe nicht so sein, daß die Großbetriebe von günstigen Stromtarifen und Energieeinkäufen profitieren, die kleinen und mittleren Unternehmen aber immer auf der Strecke bleiben. In diesem Bereich sei für den Wirtschaftsminister, die Regierung und für die Landesregierungen höchster Handlungsbedarf vorhanden.

(Schluß) hp

Rückfragehinweis: Bundessektion Tourismus und Freizeitwirtschaft

Syndikus Dr. Paul Schimka

Tel: 50105/DW 3567

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0100 1998-01-27/11:48

271148 Jän 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980127_OTS0100